



Noll: Ministerin soll Kürzung der Krankenhausbudgets zurücknehmen

Länderhaushalte nicht anzapfen – Kein Cent Landesgeld in den Gesundheitsfonds - Mit Empörung reagierte der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Ulrich Noll, auf den Vorschlag von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, einen Teil des Umsatzsteueraufkommens der Länder in den Gesundheitsfonds umzulenken.

„Die Ministerin versucht offensichtlich von der chronischen Unterfinanzierung bei den Betriebs- und Personalkosten der Krankenhäuser abzulenken, die sie selbst nicht zuletzt durch von ihr veranlasste Budgetkürzungen zu verantworten hat“, sagte Noll. Auch die Finanzierung der Krankenhaus-Investitionskosten darf nach den Worten Nolls keinesfalls auf den Gesundheitsfonds übertragen werden, da sonst auch der Krankenhauslandschaft ein zentralistisches planwirtschaftliches Bürokratiennetz übergestülpt werde. Noll: „Aus gutem Grund hat der Landtag von Baden-Württemberg einstimmig den geplanten Gesundheitsfonds abgelehnt – wir wären ja mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir dieses Bürokratiemonster auch noch mit Landessteuermitteln anfüttern würden“.